

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Beitragsfreiheit und Sicherung der Qualität in Kindertagesstätten

Der Landtag wolle beschließen:

Gerade im Nachgang zur Coronapandemie hat sich die Situation in den Kindertagesstätten im Saarland spürbar verschärft. Eltern und Kitafachkräfte schlagen seit Monaten massiv Alarm. Sie machen einerseits auf große Personalnotstände, hohe Ausfallzahlen und die damit einhergehende extreme Belastung des Personals aufmerksam, berichten von Fachkräften, die dem Beruf aus diesen Gründen mittlerweile den Rücken kehren und bemängeln andererseits vor allem, dass in vielen Einrichtungen keine kindgerechte und qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung der Kinder in den Kindertageseinrichtungen mehr möglich ist. Nicht einmal eine verlässliche Grundbetreuung ist in einigen Einrichtungen aufgrund verkürzter Schließzeiten gewährleistet.

Gravierend ist außerdem, dass in vielen Kommunen immer noch nicht genügend Kindertagesplätze zur Verfügung stehen, sodass sich die Rückmeldungen verzweifelter Eltern häufen, die zum benötigten Zeitraum keinen Platz finden und Beruf und Familie trotz des Rechtsanspruchs auf Betreuung gar nicht miteinander in Einklang bringen können.

Eine gesetzliche Lösung muss dem auch von der Landesregierung betonten Dreiklang gerecht werden und darf nicht nur die weitere Beitragssenkung im Blick haben, sondern muss zwingend umfassende und verbindliche Investitionen in Qualitätssicherung und den Ausbau des Angebots an Kitaplätzen festschreiben.

Qualitätssicherung und Platzausbau haben zum Wohl unserer Kinder und zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs am Arbeitsmarkt absolut gleich hohe Priorität.

Daher möge der Landtag beschließen:

1. Der Einsatz der zukünftigen Bundesmittel aus dem geplanten „Kita-Qualitätsgesetz“ muss von der saarländischen Landesregierung zu 100% zur echten Qualitätssteigerung in den saarländischen Kindertagesstätten eingesetzt werden. Alternativ müssen mindestens eigene Haushaltsmittel in gleicher Höhe zusätzlich in Qualität investiert werden. Das heißt in erster Linie in die Verbesserung des Betreuungsschlüssels hin zu 1:3 im Krippenbereich und im Kindergartenbereich auf 1: max. 7,5 Kinder pro Erzieher/innen, der Aufbau einer Erzieherreserve, um das verbesserte Betreuungsverhältnis auch in der Praxis zu leben, aber auch die Verlässlichkeit der Angebote, die individuelle Sprachförderung und die Umsetzung des Bildungsprogramms.
2. Da auch bei aktuell zur Verfügung stehenden Mitteln eine Aufpersonalisierung immer häufiger daran scheitert, dass klamme Kommunen ebenso wie andere Träger, Schwierigkeiten haben die 10% Eigenanteil bei den Personalkosten zu stemmen, fordern wir die Landesregierung auf, den Trägeranteil zu senken und um Anreize zu schaffen, sollte der Trägeranteil bei Personalisierungen über dem Mindeststandard komplett vom Land übernommen werden.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine langfristige Sicherung des Programms Sprachkitas zu gewährleisten, das die Ampelregierung zum Sommer einstampft, und die gezielte Sprachförderung weiter auszubauen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, sicherzustellen, dass alle Kinder im letzten Kindergartenjahr eine Kindertageseinrichtung besuchen. Die Lücken in der Betreuungsquote lassen sich nicht nur mit fehlenden Plätzen und aktuell noch bestehenden Beiträgen erklären. Hier braucht es dringend einen umfassenden Maßnahmenkatalog. Eine verpflichtende Sprachstandsfeststellung vor diesem letzten Kindergartenjahr, soll bei fehlenden Sprachkenntnissen auch zum Besuch einer Sprachmaßnahme verpflichten, damit die Kinder beim Eintritt in die Schule auch über eine Grundlage an Sprachkenntnissen verfügen und über das nötige Rüstzeug. Dazu muss umgehend auch das Programm „Früh Deutsch lernen“ neu aufgelegt und ausgebaut werden.
5. Die Landesregierung muss sicherstellen, dass Eltern, deren Kind ein Kindertagespflegeangebot in Anspruch nehmen, vergleichbar zum aktuellen Gesetzesvorhaben zur Beitragsentwicklung in den Kindertagesstätten entlastet werden. Die Betreuung in der Kindertagesstätte und die in der Kindertagespflege sind gleichwertig und damit gleichberechtigt zu behandeln.

6. Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Entlastung der erzieherischen Tätigkeit ein Konzept eines alternativen Personaleinsatzes zu entwickeln. Damit zukünftig eine qualitativ hochwertige Bildungsarbeit durch die Erzieherinnen und Erzieher gewährleistet ist, müssen diese bei der Erarbeitung des Konzepts konsequent eingebunden werden. Berücksichtigt werden muss dabei, welche hauswirtschaftlichen, pflegerischen oder organisatorischen Aufgaben von Fachkräften mit abgestufter Ausbildung oder anderen Ausbildungsschwerpunkten zur Entlastung von Erziehern geleistet werden sollen.

7. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine umfassende Fachkräfteoffensive zu starten, um mehr Erzieherinnen und Erzieher für diesen Beruf anzuwerben. Bereits getroffene Maßnahmen der letzten und der aktuellen Landesregierung begrüßen wir ausdrücklich. Einzelmaßnahmen müssen zwingend allerdings in einem tragfähigen Gesamtkonzept zusammengeführt und ausgebaut werden. Dazu gehören unter anderem:
 - Eine gezielte und breit angelegte Werbekampagne auch in Schulen
 - Identifikation und Abbau unnötiger Hürden
 - Ausbau der PIA-Ausbildung
 - Schnelle Anerkennungsverfahren potenzieller zuziehender oder bereits zugezogener Fachkräfte mit entsprechender Qualifikation und gezielte Weiterqualifizierungsmaßnahmen bei entsprechenden Grundqualifikationen

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.